

Herrn
Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Beuthstr. 6-8

Angela Loewe
Kurstr.4
13585 Berlin

10117 Berlin

Berlin, den 29.02.2008

Sehr geehrter Herr Dr. Zöllner,

mit großer Besorgnis erreichte mich die Information, dass es derzeit Planungen über enorme Einschnitte und Kürzungen bezüglich der Bereitstellung von Schulhelfern für autistische Kinder geben soll.

Bei meiner Tochter Mandy (11 Jahre) wurde frühkindlicher Autismus in der High-Functioning-Variante diagnostiziert.

Vom achten bis zum zehnten Lebensjahr erhielt Mandy Musiktherapie, seit Oktober 2006 bis Oktober 2007 Logopädie.

Seit August 2007 bekommt Mandy Einzelfallhilfe. Der Umfang der Hilfe beträgt 4 Wochenstunden.

Mandy besucht eine Schule für Körper- und Lernbehinderte. Ich bringe sie täglich zur Schule und hole sie wieder ab mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Seit der 3. Klasse bekommt sie einen Schulhelfer für 10 Stunden in der Woche über den Verein für das autistische Kind gestellt

Schulische Situation ist, das Mandy noch nicht Lesen und Schreiben kann (bis auf paar Buchstaben) rechnen versucht sie bis 20. Aufgrund das ab nächstes Schuljahr ja ein Klassenlehrerwechsel ansteht, der Klassenbetreuer nicht weiß ob er in der Klasse bleibt und jetzt noch das der Schulhelfer wahrscheinlich auch weg muß wird Mandy wohl Rückschläge erleiden. Sie können sich vielleicht gar nicht vorstellen, was das für ein autistisches Kind bedeutet auf einem Schlag alle Bezugspersonen zu verlieren.

Während bei Menschen mit autistischer Erkrankung nur in den seltensten Fällen das Ideal eines komplett selbständigen Lebens erreicht werden kann, so ist es inzwischen doch hinlänglich bekannt, dass nur eine frühstmögliche intensive Förderung sowohl im privaten, wie auch im schulischen Umfeld einen optimalen Weg zur Erreichung eines möglichst selbständigen Lebens erzielen kann. Vor allem für Autisten ist es sehr wichtig, Kontinuität

und Vertrauen zu Bezugspersonen zu erlangen und zu erhalten, um die Möglichkeit zum Aufbau zwischenmenschlicher Kontakte zuzulassen. Häufiger bzw. plötzlicher Wechsel von Bezugspersonen führt für Autisten zu enormen Schwierigkeiten, da diese sich nur schwer an fremde Menschen gewöhnen können. Insofern ist es umso wichtiger, Autisten als Schulhelfer ein und dieselbe Person über einen möglichst langen Zeitraum zur Verfügung stellen zu können.

Ungeachtet ist davon zu hören, dass gerade diesem Kreis erkrankter Menschen diese so wichtige Hilfe immer weiter gekürzt werden soll. Teils soll es ersatzlose Streichungen von Schulhelferstellen geben – obwohl diese eindeutig speziell für autistische Kinder individuell genehmigt und zur Verfügung gestellt wurden – anderenorts hört man davon, dass Schulhelfer – welches Fachkräfte mit einer speziellen sozialpädagogischen Sonderausbildung sind ! – durch ungelerntes Überhangpersonal anderer staatlicher Organe ersetzt werden soll, die nicht einmal ansatzweise eine pädagogische Ausbildung besitzen. Da stellt sich mir als betroffenem Elternteil unweigerlich die Frage, inwiefern hier nicht bewusst menschliches Leid oder die Herabwürdigung menschlichen Lebens praktiziert wird. Über weitere Auswüchse derartigen Verhaltens von staatlicher Seite möchte ich gar nicht erst nachdenken, wenn dies weitergeht, was kommt als nächstes? Ersetzen Sie medizinisches Fachpersonal durch überzählige Straßenreinigungskräfte? Reinigungskräfte als Schulhelfer einzusetzen, wie dies in der Schule am Gartenfeld in naher Zukunft geschehen soll, ist ein erster Schritt in diese Richtung! Wir sind auf dem besten Wege uns wieder zurückzuentwickeln.

Sicherlich mag es für Sie vordergründig leicht sein, Streichungen und Kürzungen zu Lasten derer Menschen durchzuführen, die sich nicht einmal alleine wehren können, den Schwächsten und den Kranken. Sie müssen sich ja auch nicht jedem Einzelnen gegenüber verantworten, vermutlich ist für Sie nur jeder, den derartige Einschränkungen persönlich betreffen, ein „bedauernswertes Einzelschicksal“. Auf dem Jugendamt erfährt man in kürzester Zeit am eigenen Leib, wie man behandelt wird, wenn man für die Chancen und die Rechte eines behinderten Kindes kämpft.

Ständig werden einem Steine in den Weg gelegt, zu möglichen Leistungen erhält man fast gar keine Aussagen, und bei gezielten Fragen fühlt sich niemand zuständig. Wohlgermerkt, nicht bei Dingen, die auf flehentlicher Bittstellerei beruhen, sondern auf gesetzlich fest verankerte Regelungen wie z.B. dem „Persönlichen Budget“, welches seit 01.01.2008 nicht mehr eine Leistung nach Ermessen ist, sondern eine laut Gesetz verbindlich feststehende Leistung. Auf dem Jugendamt bekommt man den Eindruck vermittelt, dass man es dort mit geizigen Managern eines Heuschrecken-kapitalistischen Wirtschaftsunternehmens zu tun hat, nicht mit Verantwortungspersonen, die Hilfen für beeinträchtigte Kinder ermöglichen sollen. Zumal gerade in Zeiten, wo Misshandlungen von Kindern bis hin zu Tötungen an der Tagesordnung liegen, ein Jugendamt doch wesentlich sensibler erscheinen und Eltern schätzen sollte, die sich für die Belange ihrer Kinder einsetzen. Aber scheinbar sind Eltern, die sich engagieren in den heutigen Zeiten nur ein Störfaktor und nicht wirklich gerne gesehen.

Bei all diesen Schikanen verweise ich zuallererst auf eines: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“, §1 des Grundgesetzes in Deutschland. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, unterscheidet dieser Paragraph nicht zwischen gesunden und kranken Menschen, nicht zwischen Mündigen und Hilflosen, nicht zwischen Starken und Schwachen. Dementsprechend empfinde ich es geradezu als eine moralische Widerwärtigkeit, behinderten Menschen eine Unterstützung zu kürzen und wegzusparen, die diese unbestritten für eine Chance auf ein ansatzweise würdevolles Leben dringend brauchen.

Des weiteren verweise ich darauf, dass alle Kinder doch angeblich ein Anrecht darauf haben, lesen und schreiben zu lernen. Meine Tochter wird das auf diese Weise mit Sicherheit nicht mehr erlernen. Da stellt sich mir doch die Frage, wofür wir dann eine Schulpflicht an dieser Stelle haben?! Dann sollten wir doch diese Kinder auch komplett aus dem Schulsystem entbinden. Ich bin sicher, dass meine Tochter dann mehr beigebracht bekommt, als nur eine „Aufbewahrung“ zu erfahren. Denn mehr ist es nicht, was dann die Schule und die Lehrer noch leisten können. Die Schwächsten bleiben zurück. Eine Förderung funktioniert nur als Komplettpaket. Ohne schulische Stütze greift die private Förderung nur ansatzweise. Und auch ohne private Förderung ist das gesamte Schulkonzept kein Ganzes.

Sein wir mal ehrlich – dem Staat fällt mein Kind spätestens dann wieder vor die Füße, wenn dank versäumter schulischer Förderung keinerlei Ausbildung, keine Arbeit und generell kein selbständiges Leben möglich ist. Wer kommt für betreutes Wohnen auf? Ich? Mit Sicherheit nicht, weil ich schon viel zu lange meinen Job an den Nagel hängen musste und schon aufgrund der langen Zeit und meines Alters keinerlei Chance habe in meinen Job zurückzukehren.

Aber letzten Endes ist das auch egal... Hauptsache ein Träger kann es einem anderen zuschieben und der Senat ist nicht zuständig, sondern das Jugendamt. Und das Jugendamt fühlt sich auch nicht zuständig und schiebt den „Buhmann“ wieder einem anderen zu.

Vielleicht denken Sie sich, ich übertreibe, eventuell halten Sie meine Sichtweise auch für überzogen. Womöglich tun Sie dies schon seit dem ersten Absatz dieses Schreibens, wer weiß? Ich bin ehrlich: es würde mich nicht einmal wundern. Aber ich kann Ihnen auch ganz genau sagen, woran dies liegt – das können Sie sich wahrscheinlich nicht vorstellen – aber es ist ganz einfach. Für einen Außenstehenden, für eine Person, die mit alledem nicht persönlich betroffen ist, sind dies alles nur bürokratische Hürden, für Sie sind es nur Zahlen in Statistiken, die Kosten verursachen, die es einzusparen gilt – hinter diesen Zahlen verbergen sich jedoch Menschen. In diesem Fall die Schwächsten der Schwachen, Kinder, behinderte Kinder. Sie können sich in die Situation eines Elternteils eines behinderten Kindes nicht hineinversetzen – wenn Sie Kinder haben, sind diese höchstwahrscheinlich gesund, besuchen eine normale Schule, gehen auf ein Gymnasium oder eine Universität, sind eben – „normal“. Vielleicht empfinden sie mich als zu „emotional

Niemand wünscht sich für sein Kind eine Behinderung, egal welcher Art. Ich als betroffene Mutter wünsche dies prinzipiell auch keinem Menschen. Ich empfehle Ihnen nur dringend, dies auch einmal aus Ihrer eigenen Sichtweise nachzuvollziehen. Ich weiß nicht, ob Ihre Familienplanung noch Kinder vorsieht – aber niemand kann Ihnen einen Garantieschein dafür ausstellen, dass Ihre Kinder – oder auch Ihre Enkelkinder – mit Sicherheit absolut gesund auf die Welt kommen werden. Und – wie gesagt, ich wünsche es niemandem – aber falls es so wäre, ich bin mir sicher, Ihrer Sichtweise würde sich schlagartig ändern und dann wären Sie in der Lage, jede einzelne Zeile dieses Schreibens so zu verstehen, wie sie gemeint ist.

Letztendlich fordere ich Sie auf, sämtliche anstehenden Pläne zur Kürzung von Schulhelferstellen sofort einzustellen. Ich bin ja auch nicht alleine. Eltern und Elterninitiativen formieren sich und werden das mit Sicherheit nicht „einfach“ über sich ergehen lassen. Denn das Maß an Einschränkung ist schon sehr lange voll. Und es sind alles Wähler, die sich mit Sicherheit bei der nächsten Wahl überlegen werden, wer ihren Bedürfnissen zukünftig gerecht wird.

Gleiches gilt für alle anderen Pläne zu Streichung von Leistungen für behinderte Kinder u.a. über die Jugendämter. Sie werden sicherlich tausende anderer Möglichkeiten für

Einsparungen haben, sofern Sie denn überhaupt welche machen müssen – sozial verantwortlichere garantiert.

Und denken Sie letzten Endes noch an eines: seit letztem Jahr gilt in Deutschland ein sog. „Anti-Diskriminierungs-Gesetz“. Behinderten Menschen für sie entscheidende Hilfen zu versagen, ist nichts anderes, als die Diskriminierung eine Minderheit.

In der Hoffnung auf eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen